

Der „Klassiker“ – konkurrenzlos.



Lehrbuch der Sozialwirtschaft

Von Prof. Dr. Dr. h.c. Ulli Arnold,
Universität Stuttgart und Prof. Dr.
Bernd Maelicke, Leuphana-Univer-
sität Lüneburg, Deutsches Institut
für Sozialwirtschaft, Lüneburg

3. Auflage 2008, ca. 600 S.,
brosch., ca. 39,- €,
ISBN 978-3-8329-2680-9
(Edition Sozialwirtschaft, Bd. 9)
Erscheint Februar 2008

Die rapide Veränderung der poli-
tischen und strukturellen Rahmen-
bedingungen für die Sozialwirt-
schaft erfordert grundlegende
Änderungen in der Ausbildung und
Weiterbildung von Führungs-
kräften sozialer Dienstleistungs-
organisationen. Die vollständig
aktualisierte und neu bearbeitete
3. Auflage vermittelt Basiswissen
und aktuelle Informationen zu den
wichtigsten Themen.



Nomos

Bitte bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung
oder bei Nomos | Telefon 07221/2104-37 | Fax -43 |
www.nomos.de | sabine.horn@nomos.de

ARBEITSHILFE

Rechtsformen für Sozialunternehmen

■ Ulla Engler

*Die im letzten Jahr in Kraft ge-
tretene Reform des Genossen-
schaftsrechts hat die Palette
praktikabler Rechtsformen für
soziale Organisationen um das
Modell »Sozialgenossenschaft«
erweitert. Eine aktuelle Über-
sicht vergleicht die wichtigsten
rechtlichen Optionen für soziale
Organisationen.*

Für soziale Organisationen, die sich
in der Gründungsphase befinden und
die den Gemeinnützigkeitsstatus aus
(steuerlichen) Gründen erlangen
möchten, stellt sich die Frage der ge-
eigneten Rechtsform. Aber auch be-
reits seit Längerem tätige eingetra-
gene Vereine oder gemeinnützige
GmbHs unterziehen oftmals ihre
Rechtsformwahl nach einigen Jahren
einer Überprüfung. Ein Grund hierfür
kann sein, dass die wirtschaftliche
Betätigung der Organisation zuge-
nommen hat oder Haftungsrisiken
verringert werden sollen.

Zur Disposition stehen für soziale
Organisationen in erster Linie der
eingetragene Verein (e. V.), die ge-
meinnützige GmbH (gGmbH), die
Gesellschaft bürgerlichen Rechts
(GbR bzw. BGB-Gesellschaft) und die
eingetragene Genossenschaft (e. G.).
Insbesondere letztere hat mit dem
»Gesetz zur Einführung der Europäi-
schen Genossenschaft und zur Ände-
rung des Genossenschaftsrechts«, das
im letzten Jahr in Kraft getreten ist,
an Bedeutung gewonnen (vgl. SO-
ZIALwirtschaft 6/2006). Ein Ziel die-
ser Reform war die Erleichterung der
Gründung von gemeinnützigen Ge-
nossenschaften: In der Vergangenheit
regelte das Genossenschaftsgesetz,
dass eine Genossenschaft dem »Er-
werb und der Wirtschaft« ihrer Mit-
glieder dient. Diese Formulierung
führte oftmals dazu, dass Finanzver-
waltungen Genossenschaften die An-
erkennung der Gemeinnützigkeit mit



*Die
Rechtsan-
wältin
Ulla Eng-
ler ist Re-
ferentin
für Orga-
nisations-
recht beim
Gesamt-*

*verband des Paritätischen
Wohlfahrtsverbandes in Ber-
lin. Im Informationsdienst SO-
ZIALwirtschaft aktuell gibt sie
regelmäßig Auskunft zu aktu-
ellen Fragen des Vereinsrechts.
E-Mail organisationsrecht@
paritaet.org*

der Begründung verweigerten, ge-
meinnützige Körperschaften hätten
nach der Abgabenordnung die »Allge-
meinheit« zu fördern und nicht nur
ihre Mitglieder. Die Erweiterung des
Förderzwecks in § 1 des neuen Ge-
nossenschaftsgesetzes öffnet nun-
mehr die Rechtsform der Genossen-
schaft auch für »soziale oder
kulturelle Belange«.

Welche Rechtsform im konkreten
Einzelfall für eine soziale Organisati-
on geeignet ist, hängt von vielen Fak-
toren ab und muss sorgfältig abgewo-
gen werden. Zu berücksichtigen ist
beispielsweise neben der Anzahl der
erforderlichen Gründungsmitglieder
das notwendige Mindestkapital, die
Haftung für Verbindlichkeiten oder
die Möglichkeit, den Gemeinnützig-
keitsstatus erlangen zu können.

Die nebenstehende Tabelle kann ei-
nen aktuellen Überblick über wichti-
ge Rechtsformen und geben und als
Entscheidungshilfe dienen. ◆

Vergleich der Rechtsformen für soziale Organisationen

	eingetragene Genossenschaft (e. G.) (Sozialgenossen- schaften)	eingetragener Verein (e. V.)	Gesellschaft mit be- schränkter Haftung (GmbH)	Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR bzw. BGB-Gesellschaft)
Rechtsgrundlage	Genossenschafts- gesetz (GenG)	§§ 21 ff. BGB	GmbH-Gesetz (GmbH)	§§ 705 ff. BGB
Anzahl der Grün- dungsmitglieder	3 Personen (§ 4 GenG)	7 Personen (§ 56 BGB)	1 Person (§ 1 GmbHG)	2 Personen
Zweck	Förderung des Er- werbs oder der Wirt- schaft der Mitglieder (§ 1 GenG) soziale oder kulturel- le Belange (§ 1 GenG)	nicht auf einen wirt- schaftlichen Ge- schäftsbetrieb gerich- tet (§ 21 BGB)	jeder gesetzlich zulässige Zweck (§ 1 GmbHG)	gemeinsamer Zweck (§ 705 BGB)
Mindestkapital	nicht erforderlich, kann jedoch in der Satzung festgelegt werden (§ 8a GenG)	nicht erforderlich	25.000 Euro (§ 5 GmbHG) (soll auf 10.000 Euro abgesenkt werden)	nicht erforderlich
Haftung für Verbindlichkeiten	Haftung beschränkt auf Vermögen der Genossenschaft (§ 2 GenG)	Haftung beschränkt auf Vermögen des Vereins	Haftung beschränkt auf Vermögen der Gesellschaft (§ 13 Abs. 2 GmbHG)	persönliche und ge- meinsame Haftung aller Gesellschafter
Gemeinnützig- keitsstatus (Befreiung von der Körperschaftsteuer und der Gewerbe- steuer)	Befreiung gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG § 3 Nr. 6 GewStG	Befreiung gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG § 3 Nr. 6 GewStG	Befreiung gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG § 3 Nr. 6 GewStG	Keine Befreiung
Organe	Vorstand (§ 9 GenG) Aufsichtsrat (§ 9 GenG) Generalversammlung (§ 43 GenG)	Vorstand (§ 26 BGB) Mitgliederversamm- lung (§ 32 BGB)	Geschäftsführer (§ 35 GmbHG) Gesellschafterver- sammlung (§ 48 GmbHG)	Gesellschafter Geschäftsführer
Eintragung	Genossenschaftsregi- ster (§ 10 GenG)	Vereinsregister (§ 21 BGB)	Handelsregister (§ 10 GmbHG)	Nicht erforderlich
Besonderheiten	Pflichtprüfung zur Feststellung der wirt- schaftlichen Verhält- nisse und der Ord- nungsmäßigkeit der Geschäftsführung (§ 53 GenG) Pflichtmitgliedschaft in einem prüfungs- verband (§ 54 GenG)			Keine juristische per- son des privaten Rechts